

Frieden ist der neue Wettstreit zwischen Washington und Peking

Die Staats- und Regierungschefs spielen durchaus eine Rolle: Sie bestimmen den Zeitpunkt und die Form der Entspannung.



9. September 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Das Ende des ungezügelten Wettbewerbs?

Seit fast einem Jahrzehnt wird das Verhältnis zwischen den USA und China durch eine einzige Brille betrachtet: die des strategischen Wettbewerbs. Dieser Ansatz hatte den Vorteil, dass er einer Realität Rechnung trug – nämlich dem Ende der in den 1990er- und 2000er-Jahren gepflegten Illusion, dass die wirtschaftliche Integration China zu einem „verantwortungsbewussten“ Akteur innerhalb einer von den USA geführten Weltordnung machen würde –, hatte jedoch auch analytische Nachteile.

Letztendlich wurden darin Aspekte zu einer einzigen Front zusammengefasst, die eigentlich getrennt betrachtet werden sollten: Handel, Technologie, Sicherheit, Industrie, Finanzen und Militärmacht. Wenn jeder Bereich zum Schauplatz desselben Konflikts wird, ist der Wettbewerb keine Variable mehr, sondern wird zum ordnenden Prinzip der gesamten Beziehung.

In dieser Architektur scheint jedoch etwas zerbrochen zu sein. Der Gipfel in Peking im Mai 2026, auf dem gemeinsam die [Formulierung](#) „konstruktive strategische Stabilität“ verabschiedet wurde, brachte eine Veränderung ans Licht, die sich schon seit einiger Zeit abgezeichnet hatte. Hier geht es nicht um Zusammenarbeit, und wer die Entspannung als Rückkehr zur Partnerschaft interpretiert, begeht einen grundlegenden Fehler. China und die USA werden keine Verbündeten; die strukturellen Rivalitäten bleiben bestehen; der technologische Wettbewerb ist nicht verschwunden; die wirtschaftliche Konfrontation dauert an; und Taiwan bleibt der Brennpunkt, an dem sich alles zuspitzen

könnte. Und doch zeigen beide Mächte ein wachsendes Interesse an einer einzigen Sache: den Wettbewerb beherrschbar zu machen.

Die mögliche Entspannung in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen bedeutet nicht das Ende der Rivalität, sondern vielmehr eine Veränderung ihres Charakters. Es handelt sich um den Wandel vom Wettbewerb als Leitprinzip der Beziehung hin zum Wettbewerb als ein Phänomen, das es zu steuern gilt. Der Unterschied ist nicht bloß semantischer Natur. Er betrifft die Art und Weise, wie zwei Mächte ihre Koexistenz begreifen: nicht mehr als Wettlauf um die Vernichtung des anderen, sondern als geduldiger Aufbau einer Schwelle, innerhalb derer die Konfrontation bestehen bleiben kann, ohne in einen Krieg zu münden.

Strategische Stabilität ist nicht die Abwesenheit von Konflikten. Sie ist die Fähigkeit, unvereinbare Interessen in Einklang zu bringen, ohne dass ihre Unvereinbarkeit destruktiv wird.

Das Vokabular, mit dem eine Macht eine andere beschreibt, ist niemals neutral: Es enthält bereits eine Strategie. Die begriffliche Entwicklung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen lässt sich als Abfolge aufeinanderfolgender Neudefinitionen nachzeichnen – Partnerschaft, dann strategischer Wettbewerb, dann kontrollierter Wettbewerb, nun strategische Stabilität – und jeder Wandel hat nicht nur die Begriffe, sondern auch die gegenseitigen Erwartungen an das Verhalten verändert.

Den Anderen als „Konkurrenten“ zu definieren, ist etwas anderes, als ihn als „Feind“ zu betrachten. Ein Feind muss besiegt werden; ein Konkurrent muss in Schach gehalten, ausmanövriert oder schließlich zermürbt werden, doch seine Existenz wird als gegeben hingenommen. Das Vokabular der Stabilität schlägt eine weitere Richtung ein: Es setzt die gegenseitige Anerkennung voraus, dass unvereinbare Interessen bestehen und dass diese Interessen – gerade weil sie unvereinbar sind – innerhalb einer kontrollierbaren Schwelle gehalten werden müssen. Es ist kein Zufall, dass diese Sprache aus dem nuklearen Kalten Krieg stammt, in dem „strategische Stabilität“ den Zustand bezeichnete, in dem keine Seite einen Anreiz hatte, den ersten Schlag auszuführen.

Hier tritt das Paradoxon zutage, das sich durch die gesamte Argumentationskette zieht: Stabilität entsteht nicht durch das Verschwinden des Wettbewerbs, sondern durch die Anerkennung seiner Unvermeidbarkeit. Die beiden Mächte streben kein Gleichgewicht an, weil sie einander vertrauen, sondern weil sie nicht mehr daran glauben, sich zu akzeptablen Kosten durchsetzen zu können. Es ist eine Stabilität, die auf Misstrauen beruht, nicht auf dessen Beseitigung – und vielleicht gerade deshalb solider ist, als es die Rhetorik der Zusammenarbeit vermuten lässt.

China gewinnt neues Selbstvertrauen

Eine entscheidende Veränderung, die in westlichen Analysen oft unterschätzt wird, betrifft Chinas Selbstverständnis. Während eines Großteils des vergangenen Jahrzehnts handelte Peking aus einer Haltung heraus, die man als strategische Besorgnis bezeichnen könnte: das Bewusstsein für eine technologische Verwundbarkeit – Halbleiter, Software, Standards –, die durch US-amerikanische Restriktionen zu einem Erpressungsinstrument werden könnte. Diese Besorgnis scheint nun etwas nachgelassen zu haben, und der Grund dafür ist aufschlussreich.

Die Eindämmungspolitik der USA hat eine Wirkung hervorgerufen, die teilweise das Gegenteil dessen ist, was erwartet wurde. Anstatt Chinas Entwicklung aufzuhalten, hat sie oft Prozesse der industriellen und technologischen Autonomie beschleunigt: die Stärkung der Produktionskapazi-

täten, Fortschritte in der künstlichen Intelligenz, die Festigung der Rolle Chinas in Lieferketten, eine nahezu monopolistische Kontrolle über Teile der Verarbeitung von Seltenen Erden und eine wachsende Widerstandsfähigkeit gegenüber Sanktionen. Beschränkungen, die als Bremse gedacht waren, haben in mehreren Fällen als Anreiz für die Substitution durch inländische Produkte gewirkt. Das ist die immer wiederkehrende Logik von Sanktionen, die ein Ziel nicht vollständig isolieren:

Sanktionen zwingen das Ziel dazu, das aufzubauen, was ihm verwehrt wurde.

Dies wirft eine geopolitische Frage auf, auf die es keine offensichtliche Antwort gibt: Wird ein China, das mehr Vertrauen in seine Fähigkeiten hat, zwangsläufig aggressiver, oder könnte es im Gegenteil offener für einen konstruktiven Umgang mit dem Wettbewerb werden? Beide Interpretationen sind vertretbar.

Die erste – eine selbstbewusste Macht ist eine revisionistische Macht – erinnert daran, dass Phasen wachsenden Selbstbewusstseins historisch gesehen mit Phasen größerer Durchsetzungskraft zusammenfallen.

Die zweite berücksichtigt, dass diejenigen, die sich weniger verwundbar fühlen, weniger Bedarf an riskantem Verteidigungsverhalten haben: Selbstbewusstsein kann eher zu Mäßigung als zu Arroganz führen. Die hier vorgeschlagene Einschätzung lautet, dass der entscheidende Faktor nicht das Ausmaß des chinesischen Selbstbewusstseins an sich ist, sondern die Struktur der Anreize, in deren Rahmen dieses Selbstbewusstsein zum Ausdruck kommt – und es ist diese Struktur, nicht die Psychologie der Führung, die heute den Wandel hin zu einem kontrollierten Umgang mit dem Wettbewerb vorantreibt.

Lieferketten werden in der Regel als wirtschaftliche Phänomene beschrieben. Diese Beschreibung wird der Realität jedoch nicht gerecht. Halbleiter, Seltene Erden, Batterien, Elektrofahrzeuge, Systeme der künstlichen Intelligenz, fortschrittliche Fertigung, kritische Rohstoffe und digitale Infrastruktur: All dies sind nicht bloß auf einem Markt gehandelte Güter, sondern geopolitische Machtinfrastrukturen. Wer einen Knotenpunkt in einer globalen Kette kontrolliert, verfügt über einen Hebel gegenüber jedem, der von diesem Knotenpunkt abhängig ist.

Dies erklärt, warum eine vollständige Entkopplung vorerst eher eine rhetorische als eine praktische Hypothese bleibt. Die beiden Volkswirtschaften sind so eng miteinander verflochten, dass keine politische Entscheidung diese Verflechtung schnell auflösen kann, ohne dass für beide Seiten verheerende Kosten entstehen. Das Volumen des bilateralen Handels ist unter dem Druck von Zöllen geschrumpft, doch eine vollständige Trennung würde den Neuaufbau ganzer Produktionssektoren von Grund auf erfordern – ein Unterfangen, das Jahrzehnte dauern würde und dessen Ausgang ungewiss wäre.

An dieser Stelle kommt das Konzept der „als Waffe eingesetzten gegenseitigen Abhängigkeit“ – also die Nutzung gegenseitiger Abhängigkeit als Waffe – ins Spiel. Gegenseitige Abhängigkeit ist nicht nur eine Einschränkung: Sie ist zugleich Verwundbarkeit – das, worauf die andere Seite abzielen kann; Abschreckung – das, was die andere Seite aus Angst vor Vergeltung davon abhält, zuzuschlagen; ein Mittel zur Ausübung von Druck – das, womit man drohen kann, den anderen abzuschneiden; und, weniger intuitiv, ein Anreiz zur Mäßigung – denn wer viel zu verlieren hat, hat Gründe, das System, das ihn stützt, nicht zusammenbrechen zu lassen.

Dies führt zu einer These, die gängige Vorstellungen auf den Kopf stellt. Zunehmende gegenseitige Abhängigkeit beseitigt geopolitische Konflikte nicht, sondern wandelt sie um. Sie verwandelt sie von einer offenen militärischen Konfrontation in einen Wettbewerb durch gegenseitige Abhängigkeit, der mittels Exportkontrollen, Investitionsbeschränkungen und der strategischen Steuerung des Zugangs zu technologischen Engpässen ausgetragen wird. Es handelt sich um eine komplexere Form des Konflikts, die jedoch nicht weniger real ist. Das Modell der [komplexen Interdependenz](#) hatte vorausgesagt, dass wirtschaftliche Verflechtung die Bedeutung militärischer Macht mindern würde; die Realität zeigt jedoch vielmehr, dass diese Verflechtung selbst zu einem Schlachtfeld geworden ist.

Das Paradoxon der kompetitiven Stabilität und der Trump-Faktor

Im Zentrum dieser [neuen Phase](#) steht ein Paradoxon, das es verdient, präzise formuliert zu werden: Je stärker China und die Vereinigten Staaten miteinander konkurrieren, desto mehr brauchen sie Stabilität. Diese Aussage scheint widersprüchlich, ist es aber nicht. Der Grund liegt in den unerschwinglichen Kosten, die eine direkte Konfrontation für beide Seiten mit sich bringen würde.

Betrachten wir einmal, was ein Krieg zwischen den beiden größten Volkswirtschaften der Welt bedeuten würde. Die wirtschaftliche Größe der Kontrahenten vervielfacht die systemischen Folgen eines etwaigen Zusammenbruchs; die gegenseitige Abhängigkeit sorgt dafür, dass der dem Gegner zugefügte Schaden größtenteils auf den Verursacher zurückfällt; ihre gegenseitigen militärischen Fähigkeiten machen einen schnellen und entscheidenden Sieg unwahrscheinlich; die nukleare Abschreckung setzt der Eskalation eine unüberwindbare Obergrenze oder hält sie zumindest in vernünftigen Grenzen; der Welthandel würde dauerhaft gestört; und vor allem lässt sich das Risiko einer unkontrollierten Eskalation – von einem lokalen Zwischenfall zu einer allgemeinen Katastrophe – von keiner der beiden Seiten zuverlässig bewältigen.

So entsteht so etwas wie ein Gleichgewicht gegenseitiger Verwundbarkeit. Diese Formel überarbeitet die Logik der gegenseitig garantierten Zerstörung und überträgt sie vom nuklearen Bereich auf den wirtschaftlichen und technologischen: Wenn keine der beiden Mächte die andere vollständig neutralisieren kann, ohne selbst vergleichbaren Schaden zu erleiden, dann ist Stabilität kein Akt des Vertrauens mehr, sondern wird zu einer strategischen Notwendigkeit. Die beiden Seiten stabilisieren sich nicht, weil sie sich gegenseitig respektieren, sondern weil sie durch dasselbe Risiko verbunden sind. Es ist ein Frieden, der auf symmetrischer Angst beruht – der ältesten und vielleicht zuverlässigsten Form des Gleichgewichts zwischen Großmächten.

Die Versuchung, die Entspannung als Ergebnis der persönlichen Beziehung zwischen Donald Trump und Xi Jinping zu interpretieren, ist groß und muss mit Vorsicht behandelt werden. Die Personalisierung ist ein immer wiederkehrender Fehler in geopolitischen Kommentaren: Sie schreibt Einzelpersonen zu, was oft das Ergebnis unpersönlicher Kräfte ist. Zwei Hypothesen müssen miteinander verglichen werden.

Der erste Ansatz ist die Vorstellung einer Entspannung, die ausschließlich auf persönlicher Ebene stattfindet. Nach dieser Interpretation hängt die derzeitige Stabilität entscheidend von den Interessen, dem Verhandlungsstil und den situativen Entscheidungen der beiden Staatsoberhäupter ab. Trump bevorzugt sichtbare, transaktionale Vereinbarungen – Abkommen, die er als Erfolge präsentieren kann; Xi strebt nach Sicherheit und Anerkennung seines Status. Das Zusammentreffen

dieser beiden Bedürfnisse hätte „Peking 2026“ möglich gemacht. Wäre dies zutreffend, wäre die Stabilität so fragil wie ein Wahlmandat: umkehrbar durch einen Regierungswechsel oder eine Stimmungswende.

Eine optimistischere Sichtweise betrachtet die Entspannung jedoch als strukturellen Faktor. Nach dieser alternativen Interpretation beruht die Entwicklung hin zur Stabilität auf Faktoren, die tiefer liegen als einzelne Staatschefs: wirtschaftliche Verflechtung, die eine Entkopplung unpraktikabel macht; nukleare Abschreckung, die der Eskalation eine Obergrenze setzt; Chinas wachsende Macht, die eine Eindämmung kostspieliger und weniger wirksam macht; die systemischen Kosten eines Krieges; das gemeinsame Bedürfnis, Technologien – vor allem künstliche Intelligenz – zu regulieren, deren ungebremsster Fortschritt beide Seiten bedroht; und die Multipolarisierung, die den Handlungsspielraum jeder Seite einschränkt. Die Einrichtung neuer [bilateraler Gremien](#) für den Handels- und Investitionsdialog geht in diese Richtung: Sie schafft eine Infrastruktur, die ihre Gründer überdauert.

Führungskräfte spielen durchaus eine Rolle: Sie bestimmen den Zeitpunkt und die Form der Entspannung, beschleunigen oder verzögern sie und verleihen ihr den Charakter eines Höhepunkts oder einer Pattsituation, doch sie sind nicht deren eigentliche Ursache. Trump und Xi haben eine Gelegenheit ergriffen, die die Strukturen bereits in Gang gesetzt hatten; andere Führungskräfte wären früher oder später durch denselben Druck der Ereignisse zu ähnlichen Lösungen getrieben worden.

Die Menschen zünden das Streichholz an; es ist die Struktur, die den Brennstoff gehortet hat.